



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/231 - 5.10.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Trügerische "Vollbeschäftigung"	S. 1
Stürmische Gemeindewahlen in Belgien	S. 3
Höhere Beamtengehälter - ein Wahlschlager	S. 5
Zum Besuch Schwerniks in Ostberlin	S. 6

## Dämpfung der Fanfaren

RAP. Die Bundesrepublik hallt wider vom Geschrei über die angeblich erreichte Vollbeschäftigung. Sachwalter und Nutznießer der "Sozialen Marktwirtschaft" erweisen uns mit der Propagandaformel "Deutsches Wirtschaftswunder" einen sehr schlechten Dienst, denn weder die stattgefundene, noch die zu erwartende Expansion der westdeutschen Volkswirtschaft entspricht den ihr von innen und außen auferlegten Aufgaben. Schon glaubt man, einigen redaktionellen Änderungen am Dortmunder Aktionsprogramm der Opposition entnehmen zu können, daß auch diese ihre Kritik - belehrt durch die Macht der Tatsachen - habe aufgeben müssen. Wie sehen die Tatsachen aus ?

Soeben ist Heft 3 des 4. Jahrgangs der "Wirtschaftskonjunktur" erschienen, der vierteljährlichen Berichte des Münchner IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung. Dort verliert das äußerlich glänzende Bild der westdeutschen Wirtschaft seinen optimistischen Firnis durch die wissenschaftliche Analyse. Wohl bewegte sich die Wirtschaftstätigkeit auf einem hohen Stand, aber das Brutto-sozialprodukt hatte im ersten Halbjahr 1952, trotz eines etwas höheren Geldwertes, einen um ein wenig geringeren Realwert als ein halbes Jahr zuvor. Die volkswirtschaftliche Stagnation ist also offenkundig. Demgegenüber aber steht nun die sogenannte Vollbeschäftigung, wie man fälschlicherweise eine vorübergehende Aufsaugung von Arbeitskräften bezeichnen will. Das IFO stellt

ausdrücklich fest, "daß diese Zunahme anders als bisher nur zu einem kleinen Teil auf den dynamisch wichtigsten Bereich unserer Wirtschaft, nämlich die Industrie, entfällt". In der Industrie waren die im zweiten Quartal 1952 geleisteten Arbeitsstunden sogar geringer als im Vorjahr.

Das verhältnismäßig hohe Niveau der industriellen Produktion war bisher auf die starke Nachfrage und die große Erzeugung bei den Investitionsgütern zurückzuführen. Man weiß, daß dieser Auftrieb wesentlich durch Knappheitslage und Steuervergünstigungen erzielt wurde. Mit der zunehmenden Lockerung der Rohstoffversorgung zeigte die Netto-Anlage-Investition vom 4. Quartal 1951 zum 1. Quartal 1952 erstmalig einen Rückschlag seit der Währungsreform, der im 2. Quartal 1952 nur recht und schlecht ausgeglichen werden konnte. Man hofft nun, daß im Konsumgüterbereich ein Ausgleich entstehen werde, falls die Investition nicht mehr das expansive Moment im kommenden Konjunkturablauf abgeben sollte. Aber die nachlassende Investitionstätigkeit wird ja gerade das Gesamteinkommen nachteilig beeinflussen, denn die Anlage-Investition steuert die Einkommensbildung in der Industrie, die ihrerseits 45 Prozent des Volkseinkommens stellt.

Die Hoffnung auf eine Wirtschaftsbelebung über den Konsumgüterbereich steht und fällt mit der Möglichkeit, das Masseneinkommen zu vergrößern. Das müßte in erster Linie mit generellen Lohnerhöhungen geschehen, zu denen sich die Unternehmer in Zeiten der industriellen Stagnation jedoch kaum verstehen werden. Ein anderes Mittel der Verbrauchsbelebung wäre die Herabsetzung der Verbrauchs- und Einkommensbesteuerung, mit der Bund und Länder seit Mitte 1951 - mit kurzer Unterbrechung im Frühjahr 1952 - ständig Kassenüberschüsse erzielen und auf diese Weise die potentielle Nachfrage verringern.

Der Dortmunder Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat einstimmig ein Aktionsprogramm gutgeheißen, dessen wirtschaftspolitische Vorschläge genau dem entsprechen, was die gegenwärtige Lage der westdeutschen Volkswirtschaft erfordert. Während die wirtschaftlichen Tatsachen das Triumphgeschrei des regierungsamtlichen Neo-Liberalismus Lügen strafen, zeigt das Aktionsprogramm der Opposition, daß auch das Geschwätz von der Konzeptionslosigkeit der Opposition nur ein Ausfluß der Ratlosigkeit ist, die im Lager der regierenden Koalition herrscht.

Kommunalwahlen - Dienstzeit - Kollaborateure  
Von unserem belgischen P.H.-Korrespondenten

Der stets rege Brüsseler Fußgängerverkehr staut sich an den öffentlichen Gebäuden der Stadt vor drei Plakaten. Das eine kündigt an, daß am 12. Oktober im ganzen Lande die Kommunalwahlen stattfinden. Das zweite beruft den Jahrgang 1953 zur militärischen Musterung ein. Das dritte teilt mit, daß ein "Jacques ....." wegen Desertion, und "weil er mit den Waffen in der Hand sein eigenes Vaterland und Volk bekämpfte" zum Tode durch Erschießen verurteilt worden sei - allerdings nur "in Abwesenheit".

Diese drei amtlichen Plakate kennzeichnen in der Tat die politische Lage und Spannungen Belgiens mit großer Deutlichkeit. Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen treten die Fragen der Kommunalpolitik in der Tat völlig zurück gegenüber den beiden allgemeinen politischen Fragen, in denen es zwischen Regierung und Opposition hart auf hart geht: Das Dienstzeitproblem und die Bestrafung der belgischen Kriegsverbrecher. Sie bilden die Angriffswaffe, mit der nicht nur die belgischen Sozialisten, sondern auch die andere Oppositionspartei, die Liberalen, dem nunmehr seit 1949 dauernden Christlich-Sozialen Regime die entscheidende Niederlage beibringen wollen.

In der Dienstzeitfrage ist die Regierung zurückgewichen, die Dienstzeit ist von 24 auf 21 Monate herabgesetzt worden. Man hat damit die Angriffsfläche verkleinert, aber die Opposition erinnert mit Recht und viel Gehör daran, daß bei der Beratung des Wehrbudgets der christlichsoziale Premierminister selbst 18 Monate als genügend bezeichnet hatte. Das Plakat mit dem Todesurteil "in Abwesenheit" ist das andere Beschwichtigungsmittelchen. Angesichts der allgemeinen Erregung über die Begnadigung notorischer Mörder, Folterknechte und Landesverräter schlägt man an allen öffentlichen Gebäuden dieses schon im Juli gefällte Todesurteil des Obersten Kriegsgerichtes an - obwohl es nicht vollstreckt werden kann. Der Verurteilte, einer der Führer der nationalsozialistischen "wallonischen Legion", befindet sich in Frankreich und die französische Republik will ihn nur ausliefern, wenn die Todesstrafe in Zuchthaus umgewandelt wird. Es ist fraglich, ob die kleine Herabsetzung der militärischen Dienstzeit und das Winken mit einem - unvollstreckbaren - Todesurteil die

christlich-soziale Herrschaft retten werden.

Gewiß werden in den vielen kleineren Städten kommunale Angelegenheiten und die Sympathien oder Antipathien gegen bekannte lokale Persönlichkeiten eine Rolle spielen. Hier liegt die große Unbekannte der Wahl. Das umso mehr, als flandrische und wallonische "Heimatverbände", die bei Parlamentswahlen christlich-sozial oder liberal stimmen würden, wo sie sich stark glauben, eigene Kandidaten aufgestellt haben. An und für sich genügte ein Stimmenrückgang von acht Prozent, um den Christlichsozialen zu zeigen, daß sich ihre Mehrheit (von im ganzen drei Abgeordneten in der Kammer) in eine Minderheit verwandelt hat. Aber die gewandten Kleriker, die hinter der Christlichsozialen Bewegung - einschließlich der christlichen Gewerkschaften - stehen, sind nicht nur in der Bibel, sondern auch in der Wahlarithmetik sehr bewandert. Sie haben schon bei früheren Gelegenheiten gezeigt, daß man aus zwei mal zwei auch fünf machen kann. Sie werden die kleinen Grüppchen nicht fragen, ob sie zum christlichsozialen Block oder zur Opposition gehören.

Deswegen hämmert die sozialistische Partei und der mit ihr verbundene Allgemeine Gewerkschaftsbund überall ein: Keine Sonderkandidaturen, keine Sonderlisten, alle Stimmen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Deswegen eröffnete sie in Brüssel den Wahlkampf mit einer Massenversammlung mit ihren beiden national und international politisch bedeutendsten Führern: Henri Spaak und Camille Huysmans. Die Liberalen versuchen ebenfalls, wenn auch mit weniger Aussicht auf Erfolg, Männer politischen Charakters aufzustellen.

Die Christlich-Sozialen arbeiten eifrig in mehr oder weniger tonsurbestimmter "familiärer" Hauspropaganda. Nebenbei aber scheuen sie amerikanische Wahlmethoden durchaus nicht. So soll in Brüssel eine Art Wahltoto die christlichsoziale Herde zusammenhalten. Fünfzehn Preise von 250 bis 10000 Franken winken denjenigen, die am richtigsten erraten, wieviel Stimmen die Liste der Christlich-Sozialen in Brüssel erhalten wird.

+ + +

Höhere Gehälter - ein Wahlschlager

lnw - Düsseldorf

Die CDU-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen hat mit ihrem Antrag, die Beamtengehälter in ihrem Lande um rund 20 Prozent zu erhöhen und dabei auch die längst fällige Reform der Gehaltsstufen für jüngere Beamte zu vollziehen, in der Sache Zustimmung, darin aber allgemeine Ablehnung gefunden, daß sie aus dieser Forderung einen Wahlschlager gemacht hat. Umstritten ist auch sehr die Zugkraft gerade dieser Parole.

Formal ist eine gesonderte Erhöhung der Beamtengehälter in Nordrhein-Westfalen nicht möglich, da eine Bundessperre für alle Länder besteht. Der Antrag der CDU ist also offensichtlich an die falsche Adresse gerichtet worden, wenn er an den Landtag ging. Die CDU Nordrhein-Westfalens sagt, sie habe die Sperre nicht übersehen und ihr Antrag bezwecke, daß der Landtag die Landesregierung beauftrage, über den Bundesrat sich für die Aufhebung der Sperre einzusetzen und gleichzeitig zu betonen, Nordrhein-Westfalen wünsche baldigst eine allgemeine Regelung für das Bundesgebiet. Sie gibt damit zu, daß es an der Bundesregierung und ihrer Koalition gelegen hat, wenn diese Frage bisher liegengeblieben ist.

Der CDU-Antrag hat aber auch insofern überrascht, als man auf viele Versuche dieser Partei gefaßt war, ihr sozialpolitisches und sozialwirtschaftliches Versagen zu verschleiern, aber nicht mit einem so undurchdachten Schritt rechnete. Man fragt überall, was die CDU eigentlich bezwecke? Sie, führende Regierungspartei durch viele Jahre, hat die öffentlich Bediensteten durch ihr Verschulden in ihre recht widerspruchsvolle und unerfreuliche Situation gebracht. Die Bediensteten des Staates, der den freien Wirtschaftskräften, den Produzenten und Verteilern, alle Vorteile der wirtschaftlichen Kräftigung nach der Währungsreform überließ, blieben mehr und mehr am Schwanz der Entwicklung. Unzufriedenheit und Unruhe brachten sie vielfach in Gegensatz zu einem politischen und wirtschaftlichen System, dessen ausführende Organe sie sind. Die Beamten dieses Staates haben zusehen müssen, wie sich die Begünstigten einer unzeitgemäß liberalen

Wirtschaftsordnung bereicherten, wie sich Umschichtungen größten Stils vollzogen und wie sich ihre eigene, mit viel Fleiß ausgebildete und gewiß unentbehrliche Arbeitskraft als vernachlässigte und mißachtete Nebensächlichkeit in dieser "sozialen Marktwirtschaft" erwies, Natürlich sieht man diese peinlichen Zusammenhänge auch in der CDU. Das ganze ist also ein Antrag des schlechten Gewissens und damit in Wirklichkeit der unzulängliche Versuch, von den Fehlern im eigenen politischen Lager abzulenken.

Was der CDU-FDP-DP-Block des Bundestages absichtlich versäumte, soll nunmehr über den Bundesrat wieder gutgemacht werden, wobei man auf die mithelfende bessere Einsicht der sozialdemokratischen Vertreter im Bundesrat hofft. So sieht in Wirklichkeit eine Politik aus, die selbst erst die Voraussetzungen für eine Situation geschaffen hat, gegen welche man nun Abhilfe zu schaffen verspricht.

+ + +

#### Pankow erhält Rückenstärkung

-ler. Ganz im Stile der Hitlerschen Freitagüberraschungen - nach mehrmaligen Programmunterbrechungen im Rundfunk, eiligem Zusammentrommeln von Delegationen und Polizeiverbänden, Beflaggung aller Straßen - erfolgte im letzten Augenblick die Bekanntgabe des Staatsbesuches, den der sowjetrussische Staatspräsident Schwernik den deutschen Handlangern des Kreml in Pankow abstattet. Es ist dies sein erster Auftritt auf nichtrussischem Boden. Schwernik gehört trotz seiner Stellung, die er als höchster Repräsentant der Sowjetunion in der Sowjethierarchie einnimmt, nicht zum eigentlichen Führungskreis des Kreml. Die Bedeutung seines Besuches ergibt sich jedoch aus der Tatsache, daß er zu Beginn des bolschewistischen Parteitages stattfindet.

Die langen Auslassungen Stalins im "Bolschewik" und die Reden Malenkows und Molotows in Moskau lassen die Richtung erkennen, in der sich die Politik der Sowjetunion in den nächsten Jahren bewegen dürfte. Der Kreml rechnet mit einer langen Periode des Kalten Krieges. Ohne Anwendung von militärischer Gewalt kann er nicht hoffen, seinen

gegenwärtigen Machtbereich noch mehr auszudehnen. Der Sättigungsgrad, den er erreichte, verlangt eine gewisse Verdauungsperiode, in der die seit Kriegsende eingeheimsten Erfolge konsolidiert werden sollen - ohne störende Einflüsse von außen.

Schwerniks Aufgabe scheint zu sein, dem Moskauer Parteitag die Stellung Pankows klarzulegen, die ihm im Rahmen der neuen Moskauer Strategie zugedacht ist. Bisher stand Moskaus deutsche Satellitenschöpfung in der sowjetischen Rangordnung an letzter Stelle. Selbst die Unterzeichnung der Oder-Neiße-Grenze als "ewige Friedensgrenze" änderte nichts an der Aschenbrödel-Rolle der Pieck, Grotewohl und Ulbricht. So sehr auch diese Leute um die Gunst ihres allmächtigen Herrn buhlten und so sehr sie sich auch in diesem Bemühen erniedrigten, sie wurden nicht für voll genommen.

Im Rahmen ihrer auf lange Sicht eingestellten Konsolidierungspolitik kann die Sowjetunion nicht gut einige ihrer Satelliten auf Kosten eines anderen Satelliten bevorzugen. Mit dem Besuch Schwerniks scheint sich die "Gleichberechtigung" Pankows, wie Moskau es sieht, mit Warschau, Prag, Budapest und Bukarest anzukündigen. Man schmeichelt einer Schöpfung, die nicht in sich selbst ruht. Eine Gleichberechtigung, die es Pankow gestattet, nun mit Volldampf die Bolschewisierung der Sowjetzone und damit die endgültige Spaltung Deutschlands zu betreiben.

Moskau selbst rechnet anscheinend nicht mehr mit dem Erfolg einer Vierer-Konferenz. Der unfruchtbare Notenwechsel mit den Westmächten hat allerdings dem Krenl die Zurückziehung auf den status quo auch erleichtert. Der Preis für die Rangerhöhung Pankows zum vollwertigen Satellitenstaat ist die deutsche Einheit in Freiheit. Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen, aber der Staatsbesuch Schwerniks zeigt das beängstigende Tempo an, in dem sich ein böser Kreislauf zu vollenden droht.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau